

**18. Sitzungsperiode des
UN-Menschenrechtsrates
12.–30.09. 2011
+ 21.10.2001**

Bericht und Einschätzungen

Inhalt

I	Berichte	2
	Thematische Menschenrechte	3
	Länder	5
	Universal Periodic Review	6
II	Resümee	6
III	Resolutionen und Entscheidungen	7
	Berufung neuer Mandatsträger/innen der Sonderverfahren	10
IV	Termine	10

Theodor Rathgeber
Forum Menschenrechte
trathgeber@gmx.net

Jugendheimstrasse 10
34132 Kassel

I Berichte

Die 18. reguläre Sitzung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) im September 2011 brachte zwei neue Mandate der Sonderverfahren, insgesamt 31 Resolutionen, zwei Erklärungen der Ratspräsidentin, den Antrag auf Wiederaufnahme Libyens in den Rat und etwas Ernüchterung. Wie üblich eröffnete die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, die Sitzung und streifte verschiedene Brennpunkte: Hunger am Horn von Afrika, die Proteste im Mittleren Osten und in Nordafrika, die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Regierungsführung und menschenrechtsbasierte Kooperation zwischen den Staaten. Navi Pillay wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass junge Leute ein Recht auf Arbeit hätten und staatliche Politik so angelegt sein sollte, dass sie keine Angst vor der Zukunft haben müssen. Austeritätspolitik allein würde das Problem nicht richten. Angesichts des zehnten Jahrestages der Anschläge in New York und in Abuja erinnerte sie daran, dass viele Anti-Terrormaßnahmen ohne ausreichende Berücksichtigung der Menschenrechte ergriffen worden sind. In diesem Zusammenhang erwähnte sie Sri Lanka. In der Debatte wurde sie deswegen von der Sri Lanka-Delegation heftigst angegriffen. Die Hochkommissarin kam auch auf Attacken gegen Menschenrechtsverteidiger/innen zu sprechen und verwies auf den gemeinsamen Bericht mit dem UN Generalsekretär.

Entgegen dem Trend der letzten MRR-Sitzungen war die September-Sitzung wieder mehr vom Streit geprägt. Insbesondere die Blockfreienbewegung mit Kuba als Sprachrohr verfiel in alte Sprachregelungen und machte dem Ärger in dieser Gruppe vor allem über jüngere, neue Länderresolutionen Luft (Iran, Belarus). Dies führte auch zum neuen Mandat über eine auf Gleichheit ausgerichtete Weltordnung. Dagegen ist im Grunde genommen nichts zu sagen, aber der Zeitpunkt des Vorbringens und die Argumentation der Fürsprecher lassen die Absicht der Revanche gegen den ‚Westen‘ vermuten. Ein Abstimmungsmarathon war die Folge. Das zweite neue Mandat befasst sich mit dem Themenbereich Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantie der Verhinderung neuerlicher, schwerer Menschenrechtsverletzungen (*truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence*). Hier gab es keine Widerstände zu überwinden. Die Resolution ging im Konsens durch.

Einen Angriff menschenrechtsunfreundlicher Staaten musste auch das Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) über sich ergehen lassen. Dieses Mal waren es die freiwilligen, oft zweckgebundenen Finanzhilfen für die Arbeit ausgesuchter Mandatsträger/innen durch eine Reihe von überwiegend westlichen Regierungen. Ländern wie China, Kuba, Russland oder Pakistan missfällt das, da die von ihnen bevorzugten Mandate deutlich weniger zur Verfügung haben und dadurch weniger leistungsfähig sind. Bis zum letzten Sitzungstag blieb eine Resolution auf der Tagesordnung, die das Hochkommissariat dazu verpflichten sollte, dem Rat die Finanzierung entsprechend offenzulegen. Streng genommen ist das OHCHR zwar nur dem UN Generalsekretariat und dem 5. Ausschuss der Generalversammlung zu dieser Art Rechenschaftslegung verpflichtet, aber es gibt einige Grauzonen, in denen der Rat Auskunft vom OHCHR einholen kann. Die Konfrontation konnte durch eine Erklärung der Ratspräsidentin – statt einer Resolution – abgelenkt werden, aber der Kern des Streits, das OHCHR zusammen mit den Sonderverfahren ans Gängelband des MRR zu legen, bleibt natürlich bestehen und belastet die Verhandlungen um Resolutionen, Debatten um Menschenrechtslagen und die Wertigkeit der Berichte; so ist es ja auch gewollt.

Thematische Menschenrechte

Der Sonderberichterstatter zu den Rechten indigener Völker beschäftigte sich in seinem Jahresbericht mit nicht-erneuerbaren Ressourcen auf indigenen Territorien, der Tätigkeit der extraktiven Industrie und den Folgen für die Land- und Ressourcenrechte der lokalen Bevölkerung (A/HRC/18/35). Er stellte dazu u.a. die Auswertung eines Fragebogens vor. Er konstatiert ein ernst zu nehmendes Bedrohungspotential durch Bergbauunternehmen, private Sicherheitsunternehmen und irreguläre bewaffnete Gruppierungen. Er arbeitet an Richtlinien und will sie bis 2013 fertig stellen. Außerdem legte er Berichte zur Kommunikation mit Regierungen (A/HRC/18/35/Add.1) sowie Visiten in Norwegen, Schweden und Finnland (A/HRC/18/35/Add.2), Guatemala (A/HRC/18/35/Add.3), Republik Kongo (A/HRC/18/35/Add.5), Neukaledonien (A/HRC/18/35/Add.6), Suriname (A/HRC/18/35/Add.7) und Costa Rica (A/HRC/18/35/Add.8) vor. Der Expertenmechanismus zu den Rechten indigener Völker präsentierte seinen Bericht zur Partizipation indigener Völker an Entscheidungsfindungen (A/HRC/18/42) entsprechend der ILO-Konvention 169 und der UN Erklärung zu den Rechten indigener Völker. Ebenso wurde berichtet, dass die freiwilligen Einzahlungen in den Fonds zur Finanzierung indigener Repräsentant/innen an internationalen Konferenzen in den letzten vier Jahren um 70 Prozent zurück gegangen sind

Die Sondergesandte des UN-Generalsekretärs zum Thema Kinder in bewaffneten Konflikten bezeichnete das Jahr 2011 als desaströs (A/HRC/18/38). Neue Waffensysteme, uneindeutige Konfliktlagen und wechselnde Gegnerschaften setzen Kinder einem höheren Risiko aus. Außerdem werden Kindersoldaten in aller Regel als Kombattanten und nicht als Opfer behandelt, während die Rekrutierer und Befehlshaber oft genug straflos ausgehen. Eines der wenigen positiven Signale kam vom UN-Sicherheitsrat, der mittels Resolution Nr. 1998 vom Juli 2011 eine automatische Befassung eingeführt hat, wenn Schulen und Krankenhäuser angegriffen werden. Wenngleich diese 'Befassung' über die Auflistung des Sachverhalts und eines späteren Berichts darüber zunächst nicht hinauskommt.

Die unabhängige Expertin zum Thema internationale Solidarität zählte eine lange Reihe an Krisen auf, die nicht nur aus menschenrechtlicher Perspektive das Thema internationale Solidarität auf die Tagesordnung setzten (A/HRC/18/34). Sie beabsichtigt, einen Entwurf auszuarbeiten, der Individuen und Völkern ein Recht auf internationale Solidarität gewähren soll. Die Arbeitsgruppe zu Söldnern legte ihren Jahresbericht (A/HRC/18/32) sowie Berichte zu Visiten in Equatorial Guinea (A/HRC/18/32/Add.2) Südafrika (A/HRC/18/32/Add.3) und Irak (A/HRC/18/32/Add.4) vor. Aus allen Berichten ergibt sich die dringliche Notwendigkeit einer völker- und menschenrechtlichen Regulierung.

Die Sonderberichterstatterin zu heutigen Formen der Sklaverei beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Kindern, die zur Arbeit im Bergbau und Steinbruch gezwungen werden (A/HRC/18/30 plus Corr.1). Die Gesetze gegen Sklaverei seien oft vage gehalten, und meist stammen die Opfer aus Bevölkerungsgruppen, die auch sonst diskriminiert werden, so dass der Verfolgungsdruck staatlicher Organe gering ist. Visiten führten sie nach Rumänien (A/HRC/18/30/Add.1) und Peru (A/HRC/18/30/Add.2). Der Sonderberichterstatter zu den Folgen der Ablagerung toxischen Abfalls konzentrierte sich in seinem Bericht (A/HRC/18/31) auf den Bereich des medizinischen Abfalls. Es gebe einzelne Umweltvorschriften, aber keine kohärente Regelung, während gefährlicher Abfall nach wie vor systematisch vom globalen Norden in den globalen Süden entsorgt wird. Visite in Polen A/HRC/18/31/Add.2).

Die Sonderberichterstatterin zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen legte ihren Jahresbericht (A/HRC/18/33), eine Sammlung guter Praktiken bei der Gesetzgebung, im Planungsprozess, bei der Dienstleistung und Kompetenzbildung sowie beim Monitoring und Gerichtsverfahren vor (A/HRC/18/33/Add.1), sowie zu den Visiten in Slowenien (A/HRC/18/33/Add.2), Japan (A/HRC/18/33/Add.3) und USA (A/HRC/18/33/Add.4). Das größte Hindernis beim Zugang zu sauberem Wasser sei schlicht fehlender politischer Wille. Ihre Sammlung guter Praktiken lässt den Schluss zu, dass der Menschenrechtsansatz politische Entscheidungen positiv beeinflusst hat. In der Debatte zeigten sich mehrere Staatenvertreter/innen 'bestürzt', dass rund 884 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, 2,5 Milliarden zu keiner sanitären Einrichtung nach den Standards der WHO und UNICEF haben, und dass rund 1,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren jährlich an diesen fehlenden Zugangsmöglichkeiten sterben.

Der Sonderberichterstatter zu heutigen Formen des Rassismus war im Sommer von seinem Mandat zurückgetreten, da ihn die kenianische Regierung zum Generalstaatsanwalt berufen hatte. Sein Bericht wurde verlesen, der sich mit extremistischen politischen Parteien, Gruppen und Bewegungen in demokratisch verfassten Ländern beschäftigt (A/HRC/18/44). Die Arbeitsgruppe zum Thema Menschen afrikanischer Abstammung berichtete über ihre zehnte Sitzung (A/HRC/18/45). Der Ad-hoc-Ausschuss zur Ausarbeitung ergänzender Standards in diesem Themenbereich berichtete von seiner dritten Sitzung (A/HRC/18/36). Bei dieser Gelegenheit beschwerte sich die Organisation Islamischer Kooperation (OIC), die Hochkommissarin würde dem Ad-hoc-Ausschuss zu wenig Beachtung schenken. Der OIC-Vertreter unterstrich bei gleicher Gelegenheit, dass die frühere Resolution zur Diffamierung von Religionen nicht ad acta gelegt sei.

Mehrere thematische Berichte wurden vom OHCHR und UN Generalsekretariat vorgelegt: Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Bereich Menschenrechte (A/HRC/18/19), Todesstrafe (A/HRC/18/20), Recht auf Entwicklung (A/HRC/18/22), Transitional Justice (A/HRC/18/23), zum Ergebnis des Workshops über die Rolle der Prävention (A/HRC/18/24), zur Prävention von Folter und Menschenrechtsverletzungen bei Trafficking und Migration (A/HRC/18/25), zu den Rechten indigener Völker (A/HRC/18/26), zur Prävention von Müttersterblichkeit (A/HRC/18/27), zu einseitigen Zwangsmaßnahmen (A/HRC/18/28), terroristischer Geiselnahme (A/HRC/18/29), zur elften Sitzung der Arbeitsgruppe zum Recht auf Entwicklung (A/HRC/18/39) sowie einem gemeinsamem Bericht der Sonderverfahren (A/HRC/18/51) und zur jüngsten Lage der Flüchtlinge und Migrant/innen aus Nordafrika (A/HRC/18/54).

Podiumsdiskussionen (Panels) gab es zu folgenden Themen: Förderung und Schutz der Menschenrechte im Kontext friedlicher Proteste, Umsetzung des Rechts auf Entwicklung, Gesundheit älterer Personen, Gender Integration, die Rolle der Sprache und Kultur zum Schutz des Wohlbefindens und der Identität bei indigenen Völkern, Förderung und Schutz der Menschenrechte durch Toleranz und Versöhnung. Zum Thema friedliche Proteste machte der Exekutivsekretär der interamerikanischen Menschenrechtskommission darauf aufmerksam, dass nicht nur die willkürliche Intervention des Staates sondern eine aktive Förderung dieses Rechts gemeint ist. Der OSZE-Sekretär zum Expertengremium zur friedlichen Versammlung verwies zum einen auf Richtlinien, die die OSZE zur Versammlungsfreiheit ausgearbeitet hat. Zum anderen lud er den Rat ein, zusammen eine Studie über Mechanismen der Rechenschaftslegung zu erarbeiten. In die gleiche Richtung argumentierte der Vertreter des Cairo Institute for Human Rights Studies.

Länder

Zu Libyen debattierte der Rat den mündlichen Bericht der Untersuchungskommission, die bis zu diesem Zeitpunkt wegen der Sicherheitslage und fehlendem Budget noch nicht in Libyen gewesen war. In einer der seltenen Momente beim Rat begrüßte die Regierungsdelegation des betroffenen Landes, hier die Übergangsregierung, die Arbeit der Untersuchungskommission. Danach ging es wieder ‚normal‘ weiter, Syrien wurde behandelt. Das OHCHR legte seinen Bericht vor (A/HRC/18/53), wiewohl dem OHCHR keine Einreise gestattet worden war. Der Bericht stellte weitverbreitete und systematisch begangene Menschenrechtsverletzungen durch syrische Staatsorgane fest. Das Ausmaß und die Art der Vorkommnisse lasse die Vermutung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu. Die Sicherheitskräfte hätten offensichtlich mit Tötungsabsicht geschossen. Der syrische Delegationsleiter bezeichnete den Bericht als unangemessen und auf falschen Informationen fußend. Terroristen und Fanatiker würden Syrien destabilisieren wollen. Ins gleiche Horn stießen Syriens Freunde wie der Iran, Belarus, Nordkorea und Russland.

Einen weiteren Länderbericht des OHCHR gab es zum Yemen (A/HRC/18/21). Der Bericht stellte den Einsatz exzessiver und tödlicher Gewalt gegen friedliche Demonstrant/innen fest. Hunderte seien getötet, Tausende verwundet worden. Die Einschränkung der öffentlichen Versorgungsleistungen werde als Strafe gegen unbotmäßige Bewohner/innen eingesetzt. Die Regierung Yemens hatte die Visite durch das OHCHR erlaubt. Der Bericht warnt, dass bei ungeänderter Politik eine Radikalisierung des Konflikts zu befürchten sei. Zum Sudan legte der unabhängige Experte seinen Bericht vor (A/HRC/18/40), der für beide Teile des Sudans eine beträchtliche Bringschuld bei zivilen und politischen Rechten anmahnte. Der Süden stehe vor der großen Herausforderung, den Übergang aus dem militärisch organisierten Widerstand in eine rechenschaftspflichtige Regierung zu bewerkstelligen. Wiewohl der Südsudan selbst dringenden Bedarf an technischer Unterstützung anmeldete, sah der Regierungsvertreter keinen Bedarf an einem unabhängigen Experten.

Ebenfalls einen Bericht des OHCHR gab es zu Belarus (A/HRC/18/G/7). Die Anfrage zwecks Einreise wurde allerdings von der Regierung nie beantwortet. Der Bericht stellt die exzessive Anwendung des Strafrechts gegenüber Personen fest, die sich auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit berufen. Der Regierungsvertreter sprach von einem politisch motivierten Manöver. Der Bericht der Hochkommissarin zur Elfenbeinküste (A/HRC/18/52) spricht von einer nach wie vor fragilen Lage und fortdauernden Animositäten. Die Forces Républicaines de la Cote d'Ivoire werden verdächtigt, extra-legale Tötungen, Folter, sexuell motivierte Gewalt begangen und willkürliche Verhaftungen vorgenommen zu haben. Auch das ungewisse Schicksal des vorhergehenden Präsidenten wurde angesprochen.

Der Sonderberichterstatter zu Kambodscha bestätigte zwar eine allgemeine Verbesserung des Institutionenaufbaus in Sachen Menschenrechte (A/HRC/18/46), sah jedoch nach wie vor hohen Verbesserungsbedarf bei den Themen Meinungsfreiheit, Land- und Wohnungsrechte, Hassaufrufe, Menschenrechtsverteidiger/innen. Ergänzt wurde dieser Bericht durch den Report des UN Generalsekretariats (A/HRC/18/47). Zu Palästina gab es insgesamt drei Berichte: zwei durch das OHCHR und UN Generalsekretariat zur Umsetzung der Empfehlungen der Fact-Finding-Mission zum Gaza-Konflikt (A/HRC/18/49 und A/HRC/12/48) sowie ein Fortschrittsbericht (A/HRC/18/50) zur Umsetzung der Resolution 16/32.

Der unabhängige Experte zu Somalia bezeichnete die dortige Krise als mit die schwerste in der heutigen Zeit (A/HRC/18/48), und der Hunger sei sowohl natürlichen Katastrophen als auch menschlichen Handlungen geschuldet. Die Übergangsregierung hat mehreren thematischen Mandaten eine ständige Einladung ausgesprochen. In Bezug auf das vertrauliche Beschwerdeverfahren wurde Tadjikistan aus dem Verfahren genommen, die Demokratische Republik Kongo darin belassen.

Universal Periodic Review

In Bezug auf das UPR-Verfahren verabschiedete der Rat die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu folgenden Ländern Belgien (A/HRC/18/3), Dänemark (A/HRC/18/4 plus Add.1), Palau (A/HRC/18/5 plus Add.1), Somalia (A/HRC/18/6), Seychellen (A/HRC/18/7), Solomon Islands (A/HRC/18/8 plus Corr.1), Lettland (A/HRC/18/9 plus Add.1), Sierra Leone (A/HRC/18/10 plus Add.1), Singapur (A/HRC/18/11 plus Add.1), Suriname (A/HRC/18/12 plus Add.1), Griechenland (A/HRC/18/13 plus Add.1), Samoa (A/HRC/18/14 plus Add.1), Saint Vincent und Grenadines (A/HRC/18/15 plus Add.1), Sudan (A/HRC/18/16 plus Add.1), Ungarn (A/HRC/18/17 plus Add.1) und Papua Neuguinea (A/HRC/18/18 plus Corr.1).

Der zweite Zyklus des UPR beginnt am 21. Mai (bis 1. Juni 2012) mit den Ländern Bahrain, Ecuador, Tunesien, Marokko, Indonesien, Finnland, Großbritannien, Indien, Brasilien, den Philippinen, Algerien, Polen, Niederlande und Südafrika. Die Termine zwecks Parallelberichte sind 21. November für die Länder Bahrain, Ecuador, Tunesien, Marokko, Indonesien, Finnland und Großbritannien, sowie 28. November für die Länder Indien, Brasilien, den Philippinen, Algerien, Polen, Niederlande und Südafrika.

II. Resümee

Kuba hat in der 18. regulären MRR-Sitzung die dialogische Lufthoheit ausgeübt, mit Verfahrenskniffen und thematischen Einzelaspekten die Daumenschrauben früherer Tage eingesetzt. Auch einzelne Regierungen, denen schwerste Menschenrechtsverletzungen nachgesagt werden (u.a. Sri Lanka), fühlten sich ermutigt, in die Offensive zu gehen und die Ankläger zu brüskieren. Das Pendel bei der Mehrheitsbeschaffung im Rat ist wieder am Schwingen und brachte zumindest Kanada dazu, eine Resolution zu Sri Lanka aufzugeben. Rhetorisch zumindest hatten diejenigen Oberwasser, denen der Schutz der Regierung am wichtigsten ist. Beinhart wurden auch die Hochkommissarin und ihr Büro angegangen. Die Erklärung der Ratspräsidentin konnte zwar eine formelle Resolution verhindern, muss aber als weitgehendes Zugeständnis an die Hardliner bewertet werden. Positiv zu bewerten war insbesondere die Podiumsdiskussion zur friedlichen Versammlung sowie die Einrichtung des Mandats zur Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung.

Es ist zwar eine Allerweltserkenntnis, aber offensichtlich noch nicht zu allen Regierungen und Unionen vorgebracht: Soll das Pendel nicht vollständig zurückschwingen, müsste jetzt mit der Vorbereitung der März-Sitzung 2012 begonnen und Resolutionen auch in einzelnen Hauptstädten ausgehandelt werden. Für das Forum Menschenrechte wäre zu empfehlen, mit der Fachabteilung im Auswärtigen Amt ein entsprechendes Gespräch zu suchen. Darüber hinaus sollte die Klausur im Januar genutzt werden, anhand des Sitzungskalenders Themen und Länder zu identifizieren, zu denen sich einzelne Forumsmitglieder einbringen könnten. Die Übersicht schicke ich bei Bedarf gerne nochmals zu.

III. Resolutionen und Entscheidungen

A/HRC/RES/18/1 – Resolution on the human right to safe drinking water and sanitation, ohne Abstimmung angenommen

18/2 – Resolution on the preventable maternal mortality and morbidity and human rights, ohne Abstimmung angenommen; Auftrag an das OHCHR, einen Expertenworkshop dazu zu organisieren

18/3 – Resolution on the Panel to commemorate the twentieth anniversary of the adoption of the Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities, ohne Abstimmung angenommen

18/4 – Resolution regarding the use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination, per Abstimmung mit 31:11:4 angenommen

Ja (31): Angola, Bangladesh, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Chile, China, Congo, Costa Rica, Cuba, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Indien, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Mauritius, Nigeria, Peru, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Thailand, Uganda, Uruguay.

Nein (11): Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Moldawien, Rumänien, Spanien, USA.

Enthaltungen (4): Malediven, Mauretanien, Mexico, Schweiz.

18/5 – Resolution regarding human rights and international solidarity, per Abstimmung mit 33:12:1 angenommen; Auftrag an das OHCHR, 2012 einen Workshop zu Gender-Aspekten zu diesem Themenbereich zu organisieren

Ja (33): Angola, Bangladesh, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Chile, China, Congo, Costa Rica, Cuba, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Indien, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Malediven, Mauritius, Mexico, Nigeria, Peru, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Thailand, Uganda, Uruguay.

Nein (12): Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Moldawien, Rumänien, Spanien, Schweiz, USA.

Enthaltung (1): Mauretanien.

18/6 – Resolution regarding the promotion of a democratic and equitable international order, per Abstimmung 29:12:10 angenommen. Es waren insgesamt drei Abstimmungsrunden zu zwei Ergänzungsanträgen und der Schlussabstimmung notwendig.

Ergebnis der Schlussabstimmung

Ja (29): Angola, Bangladesh, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, China, Congo, Cuba, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Indien, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Malediven, Mauritius, Nigeria, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Thailand, Uganda, Uruguay.

Nein (12): Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Moldawien, Rumänien, Spanien, Schweiz, USA.

Enthaltungen (5): Chile, Costa Rica, Mauretanien, Mexico, Peru.

18/7 – Resolution regarding the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence, ohne Abstimmung angenommen

18/8 – Resolution regarding human rights and indigenous peoples, ohne Abstimmung angenommen. Auftrag an den Expertenmechanismus, eine Studie u.a. zu Sprachen und ihre Rolle für die Identität auszuarbeiten

18/9 – Resolution zur Wiederaufnahme Libyens als Mitglied des Rates, Antrag an die UN Generalversammlung; ohne Abstimmung angenommen

18/10 – Resolution regarding human rights and issues related to terrorist hostage-taking, ohne Abstimmung angenommen

18/11 – Resolution regarding the extension of the mandate of the Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes, ohne Abstimmung angenommen

18/12 – Resolution regarding human rights in the administration of justice, in particular juvenile justice, ohne Abstimmung angenommen

18/13 – Resolution regarding the role of prevention in the promotion and protection of human rights, ohne Abstimmung angenommen

18/14 – Resolution regarding regional arrangements for the promotion and protection of human rights, ohne Abstimmung angenommen

18/15 – Resolution regarding the incompatibility between democracy and racism, ohne Abstimmung angenommen

18/16 – Resolution regarding technical assistance for the Sudan in the field of human rights, ohne Abstimmung angenommen

18/17 – Resolution regarding technical assistance and capacity-building for South Sudan, ohne Abstimmung angenommen

18/18 – Resolution regarding the enhancement of technical cooperation and capacity-building in the field of human rights, ohne Abstimmung angenommen

18/19 – Resolution regarding technical assistance and capacity-building to the Republic of Yemen in the field of human rights, ohne Abstimmung angenommen

18/20 – Resolution regarding the panel on multiculturalism as a means of protecting human rights and combating xenophobia, discrimination and intolerance, per Abstimmung 37:1:8 angenommen

Ja (37): Angola, Bangladesh, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Chile, China, Congo, Costa Rica, Cuba, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Indien, Indonesien, Italien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Malediven, Mauretanien, Mauritius, Mexico, Nigeria, Norwegen, Peru, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Spanien, Thailand, Uganda, Uruguay.

Nein (1): USA.

Enthaltungen (8): Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Moldawien, Rumänien, Schweiz.

18/21 – Resolution on human rights of migrants, ohne Abstimmung angenommen

18/21 – Resolution on human rights of migrants, ohne Abstimmung angenommen

18/22 – Resolution regarding human rights and climate change, ohne Abstimmung angenommen. Auftrag an das OHCHR, im Vorfeld der März-Sitzung 2012 einen Workshop zu organisieren

18/23 – Resolution regarding promotion of awareness, understanding and the application of the Universal Declaration of Human Rights through sport and the Olympic ideal, ohne Abstimmung angenommen

18/24 – Resolution regarding advisory services and technical assistance for Burundi, ohne Abstimmung angenommen. Das Mandat zu Burundi wurde damit beendet

18/25 – Resolution regarding advisory services and technical assistance for Cambodia, ohne Abstimmung angenommen

18/26 – Resolution regarding the right to development, per Abstimmung 45:0:1 angenommen
Ja (45): Angola, Österreich, Bangladesh, Belgien, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Chile, China, Congo, Costa Rica, Cuba, Tschechische Republik, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Ungarn, Indien, Indonesien, Italien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Malediven, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, Nigeria, Norwegen, Peru, Philippinen, Polen, Qatar, Moldawien, Rumänien, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Spanien, Schweiz, Thailand, Uganda Uruguay.

Nein (0)

Enthaltung (1): USA.

18/27 – Resolution regarding concrete actions against racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance, per Abstimmung 35:1:10 angenommen
Ja (35): Angola, Bangladesh, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Chile, China, Congo, Costa Rica, Cuba, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Indien, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Malediven, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, Nigeria, Norwegen, Peru, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Thailand, Uganda Uruguay.

Nein (1): USA.

Enthaltungen (10): Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Polen, Moldawien, Rumänien, Spanien Schweiz.

18/28 – Resolution regarding the mandate of the Working Group of Experts on People of African Descent, ohne Abstimmung angenommen

18/117 – Decision regarding the report by the UNGA on the question of death penalty, ohne Abstimmung angenommen

18/118 – Decision regarding cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights, ohne Abstimmung angenommen

18/119 – Decision regarding the panel on freedom of expression on the internet, ohne Abstimmung angenommen. Paneldiskussion im März 2012 zur Meinungsfreiheit im Internet

18/120 – Decision regarding human rights and unilateral coercive measures, per Abstimmung 34:12:0 angenommen

Ja (34): Angola, Bangladesh, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Chile, China, Congo, Costa Rica, Cuba, Djibouti, Ecuador, Guatemala, Indien, Indonesien, Jordanien, Kuwait, Kirgistan, Malaysia, Malediven, Mauretanien, Mauritius, Mexico, Nigeria, Peru, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saudi Arabien, Senegal, Thailand, Uganda, Uruguay.

Nein (12): Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Moldawien, Rumänien, Spanien, Schweiz, USA.

18/121 – Procedural decision on the annual cycle of the Advisory Committee, ohne Abstimmung angenommen

PRST/1 - Presidential Statement on Technical Assistance and Reinforcement of Capacities for Haiti. Das Mandat des unabhängigen Experten wurde aus technischen Gründen bis zum März 2012 verlängert.

PRST/2 – Presidential Statement on Funding of the OHCHR.

Berufung neuer Mandatsträger/innen der Sonderverfahren

Mitglieder der Untersuchungskommission (Commission of Inquiry) zu Syrien: Vorsitz Paulo Sergio Pinheiro (Brasilien), Karen Abu Zeid (USA) und Yakin Erturk (Türkei).

Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Transnationale Konzerne und andere Unternehmen: Michael Addo (Ghana); Puvan Selvanathan (Malaysia); Pavel Sulyandziga (Russland); Alexandra Guaqueta (Kolumbien/USA); und Margaret Jungk (USA).

Doudou Diène (Senegal) unabhängiger Experte zur Elfenbeinküste

Gabor Rona (USA/Ungarn) Mitglied der Arbeitsgruppe zu Söldnern für WEOG

Cherif Bassiouni hat den Vorsitz bei der Untersuchungskommission zu Libyen abgegeben, bleibt aber Mitglied. Den Vorsitz führt jetzt Philippe Kirsch

Die 18. MRR-Sitzung endete offiziell erst am 21. Oktober mit der Berufung von Herrn Mutama Ruteere, Kenia, als Sonderberichterstatter zu heutigen Formen des Rassismus

IV. Termine

19. MRR-Sitzung, 27.02.-23.03.2012

20. MRR-Sitzung, 29.05.-15.06.2012

UPR, 21.05.-01.06.2012